

Buchbesprechungen

Markus Arnold/Martina Erlemann

ÖFFENTLICHES WISSEN. Nachhaltigkeit in den Medien.

München 2012, Oekom Verlag, 219 S., 34,90 EUR.

Gleich zu Beginn im Vorwort definieren die AutorInnen das öffentliche Wissen als ein „Wissen, das unter anderem in den Medien verbreitet und im Alltag diskutiert wird. [...] Im öffentlichen Wissen erschafft sich eine Gesellschaft die Realität, in der sie als Gemeinschaft lebt und auf die sie sich in ihren Gesprächen regelmäßig bezieht“ (S. 9). Öffentlichkeit erfährt damit eine eigene Realitätszuschreibung. Das Buch gliedert sich in sieben Hauptkapitel, die einerseits einzeln und voneinander unabhängig gelesen werden können, andererseits aber auch in einem Gesamtzusammenhang stehen. So versuchen beide AutorInnen im letzten Kapitel eine zusammenführende Gesamtintegration der Argumentation.

Als analytischer Ausgangspunkt für das hier besprochene Buch gilt die Nachhaltigkeit. Im Brundlandt-Report des Jahres 1987 wurde erstmals der Begriff „Nachhaltigkeit“ in die öffentliche internationale Diskussion prominent eingebracht. Nachhaltigkeit soll unter Bezug auf ein „gutes“ und „gerechtes“ Leben letztlich dazu führen, dass eine Gesellschaft „überlebensfähiger“, aber auch „gerechter“ wird (S. 9). Über die Medien tritt neues Wissen in Wechselwirkung mit dem bereits bestehenden öffentlichen Wissen, kann dieses eventuell ersetzen oder von diesem assimiliert werden. Der Fokus des vorliegenden Buchs gilt weniger den Nachhaltigkeitsdiskursen als solchen, sondern konzentriert sich vielmehr auf den Nachhaltigkeitsdiskurs als einen von „konkurrierenden kulturellen Diskursen“ (S. 9). Auf zwei Beispiele wird im Besonderen eingegangen: Hochwasserereignisse (Katastrophen) sowie nachhaltige Ernährung. Die Analyse und zugrunde liegende Studie bezieht sich exemplarisch auf die österreichischen Medien, zusätzlich wurden 18 ExpertInneninterviews mit RepräsentantInnen aus den Bereichen Wissenschaft, Medien und Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Erfolgreiche Wissenschaftskommunikation verlangt, dass EmpfängerInnen die Nachricht hören und sich im eigenen Handeln auch darauf beziehen (S. 14).

Der praktische Befund der AutorInnen, wie nachhaltige Entwicklung in (österreichischen) Medien kommuniziert wird, fällt ernüchternd und kritisch aus. Nachhaltige Entwicklung verweist auf „ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte“, genannt auch die „drei Säulen“ (S. 185; S. 199). In dieser thematischen Breite werden die Fallbeispiele jedoch kaum in den Medien analytisch ausreichend reflektiert. Was aber die „kulturellen Darstellungsmuster“ (S. 199) betrifft, werden die Bezüge und Interdependenzen zu bzw. zwischen diesen Säulen sehr wohl immer wieder in erzählerischer Form aufgegriffen. Komplex und sensibel

gestaltet sich dabei auch die Beziehung von Nicht-WissenschaftlerInnen zu WissenschaftlerInnen, also die Frage, wer als ExpertIn in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird oder nicht? Wie die AutorInnen dazu ausführen: „Die Akzeptanz des Wissens ist allein schon aufgrund der sozialen Situation, in der es kommuniziert wird, nicht bloß eine Frage der Rationalität und der Vernunft. Manch einer mag angesichts der Autorität der Experten mit dem Gefühl der Bevormundung kämpfen, mit dem Gefühl, als erwachsener Mensch nicht mehr Herr seines eigenen Lebens zu sein. [...] Denn mit jeder Expertise steht letztlich auch ein Stück Freiheit und die Kompetenz der Bürger auf dem Spiel, ohne Einmischung von anderen über die eigene Lebensweise entscheiden zu können“ (S. 199). Es lässt sich hier also die Frage und Herausforderung formulieren: Wie kann demokratische Gleichheit mit Qualität des Wissens bzw. wissenschaftlichen Qualitätsansprüchen an Wissen in Verbindung gebracht werden? Es wird zunehmend wichtiger, dass es gelingt, wissenschaftliche Expertise auch im Kontext der eigenen und persönlichen Rationalität zu interpretieren – wie das die AutorInnen ausführen (S. 200). In gewisser Hinsicht geht es dabei um die Rekonstruierbarkeit von wissenschaftlichem Wissen in außerwissenschaftlichen (nicht-wissenschaftlichen) Kontexten. Nicht die Wissenschaft alleine kann herausfinden, „wie wir in Zukunft leben wollen“, dafür ist der „Dialog mit den Bürgern“ notwendig (S. 200). Wie Martina Erlemann ferner aufzeigt, sind „kulturelle Narrative“ wichtig, um wissenschaftliches Wissen besser so kommunikativ transportieren zu können, damit es nachhaltige Entwicklung in der Praxis unterstützt (S. 170). Ein Fazit des Buchs ist, dass Nachhaltigkeit aufgrund der Komplexität in den Medien nicht leicht zu kommunizieren ist (S. 198). Deshalb wird Nachhaltigkeit auch immer wieder an kulturelle Muster („kulturelle Darstellungsmuster“) angebunden, die nicht so sehr die Wissenschaften, sondern die RezipientInnen in den Vordergrund der Betrachtung setzen (S. 199).

Den AutorInnen gelingt es in überzeugender Weise, die sich selbst gestellte Themenstellung gut und nachvollziehbar zu bearbeiten. Das Buch regt zu weiterführenden Diskussionen an. Wissensgesellschaft impliziert, dass dem Wissen und der Wissensqualität eine immer größere Bedeutung zukommt. Entscheidend ist deshalb, wie sich Bezüge zwischen wissenschaftlichem und öffentlichem Wissen herstellen lassen. Es lässt sich zur Diskussion stellen, dass die Wissensgesellschaft ein soziales Transformationsprojekt aufzeigt, dem es positiv formuliert gelingt, wissenschaftliches Wissen und öffentliches Wissen so zu integrieren, dass daraus Wechselwirkungen entstehen, welche sowohl nachhaltige Anwendungspraxis als auch wissenschaftliche Weiterentwicklung fördern. Das Konzept des öffentlichen Wissens unterstreicht ferner den Ansatz,

dass der Öffentlichkeit für Knowledge Production und Innovation eine tragende Rolle zukommt, wie es auch in der „Quadruple Helix“ („media-based and culture-based public“, „civil society“; vgl. Carayannis/Campbell 2012) bereits explizit für ein Innovationsverständnis angelegt ist. Das Konzept „Öffentliches Wissen“ hat auch mehrfach Querbezüge zu Demokratie und Demokratiequalität. Ist „Öffentliches Wissen“ mit wissenschaftlichem Wissen verbunden, so unterstützt öffentliches Wissen die Bürgerinnen und WählerInnen in einer Demokratie darin, auch wissenschaftsbasierte politische (und nicht-politische) Entscheidungen treffen zu können. Das wiederum trägt zur Nachhaltigkeit in Demokratie bei.

LITERATURVERZEICHNIS

Carayannis, Elias G./David F.J. Campbell (2012). Mode 3 Knowledge Production in Quadruple Helix Innovation Systems. 21st-Century Democracy, Innovation, and Entrepreneurship for Development, New York, NY.

David F. J. Campbell (Wien)
E-Mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Dieter Segert

TRANSFORMATIONEN IN OSTEUROPA IM
20. JAHRHUNDERT, Wien 2013, facultas wuv UTB,
272 S., 18,99 EUR.

Wenn die Transformation nach Jan Delhey (2001, S. 179) „eine Ausnahmesituation: sozialer Umbruch im Zeitraffer“ ist, dann befindet sich Osteuropa seit 1917 quasi permanent im Ausnahmezustand. Erst zerfielen die alten Reiche in Nationalstaaten und Russland etablierte den Staatssozialismus, dann wurde jener zur beherrschenden Gesellschaftsstruktur der Nachkriegszeit, schließlich kam mit 1989 die ganz große Wende – und all dies unter dem Vorsatz der „nachholenden Modernisierung“. Dieter Segert stellt die Modernisierungstheorie in den Mittelpunkt seiner Untersuchung über Osteuropa, jedoch nicht ohne die kritischen Vorbehalte gegenüber dem hegemonialen Subtext zu reflektieren. So passt auch der englische Begriff der „forced modernisation“ (Pursiainen 2012), der den von außen wie von innen, auch gewaltsam auferlegten Druck der Modernisierung akzentuiert, besser auf seinen Untersuchungsgegenstand. Denn Segert beschreibt die Zeitenwenden 1918, 1945 und 1989 als „drei große Anläufe, mit dem Westen gleichzuziehen“ (S. 23).

In dieser Lesart versteht sich auch der russische Staatssozialismus nicht bloß als totalitäre Diktatur, sondern als „Modernisierungsdiktatur“ (S. 63), als Instrument einer bestimmten Politik, die nicht Selbstzweck war, sondern ein Ziel verfolgte, das seine Macht legitimierte. Dadurch lässt sich auch die relative Stabilität des Systems erklären – und trifft Segerts Erkenntnisinteresse. Er fragt nämlich

in seiner Studie weniger nach den Ursachen des Untergangs der staatssozialistischen Systeme Osteuropas als vielmehr nach den Grundlagen ihrer Dauer. Damit verändert er die Perspektive, was es ihm nicht zuletzt ermöglicht, Phänomene wie die *Jugonostalgie* und die *Ostalgie* zu analysieren.

Segert macht hierbei Ähnlichkeiten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten aus: Hier wie dort begann in den 1980er-Jahren der neoliberale Umbau des Staates, was dessen Tätigkeit vor allem im Sozialbereich, in der Umverteilung, im Niveau sozialer Gleichheit massiv einschränkte. Dieser Transformationsprozess fand parallel in Ost- und Westeuropa statt; er führte zum Abbau der sozialen Grundlagen für die politische Handlungsfähigkeit des Einzelnen, dadurch zu einer Entdemokratisierung und schließlich zur wachsenden Anziehungskraft von populistischen Parteien. Deshalb mahnt Segert die politikwissenschaftliche Community: „Die bisherige arbeitsteilige Trennung zwischen der Analyse der Postdemokratie im Westen und jener der Demokratiekrise im Osten muss überwunden werden“ (S. 250). Denn die Nostalgie nach Tito hat die gleiche Ursache wie etwa die Verklärung Kreiskys, das Unbehagen in der Postdemokratie die gleiche Ursache wie die „parlamentarische Diktatur“ in Ungarn (Ehs 2013): die schwache Sozialstaatlichkeit und damit die soziale Ungleichheit, verursacht von einem neoliberalen Kapitalismus, der den sozialen Zusammenhang der systematischen Destruktion aussetzte.

Überhaupt sind Ost- und Westeuropa historisch enger verbunden, als gemeinhin angenommen: Wie auf Osteuropa eine *forced modernisation* einwirkte, war Westeuropa im 20. Jahrhundert mit einer *forced socialisation* konfrontiert. Der westeuropäische keynesianistische Sozialstaat stellte die Antwort auf das kommunistische Gesellschaftsmodell bzw. „auf die Verheißungen des Staatssozialismus“ (S. 98) dar. Modzelewski (1996, S. 111) spricht von einer „Anpassungsreaktion der westlichen Welt an die inneren Krisenerscheinungen und an die [...] Herausforderungen des Kommunismus“. Wenn Segert daher historische Erzählungen über Osteuropa und ihre politikwissenschaftliche Deutung vermitteln möchte, analysiert er nicht nur die Wechselbeziehungen und Wandlungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur innerhalb jener Staaten, sondern ebenso jene Osteuropas mit Westeuropa.

Es ist also der Ansatz einer gemeinsamen Geschichte, jedenfalls der Anstoß zu einer gemeinsamen politikwissenschaftlichen Analyse beider Europas, den Segert mit seinem Studienbuch unternimmt. Was ursprünglich auf Vorlesungsmaterialien von Segerts Lehrveranstaltungen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien beruht, ist zu einer kohärenten Studie über die Transformationen ganzer Gesellschaften, über Geschichtspolitik und Nostalgie geworden. Das Buch weist somit im Bereich der Politikwissenschaft den Weg künftiger Osteuropastudien als multidisziplinärer *area studies*. Eine curriculare

Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz Dieter Segerts entwirft zurzeit den Masterstudienplan *Interdisziplinäre Osteuropastudien*, der voraussichtlich mit dem Wintersemester 2014/15 an der Universität Wien startet. Er wird historische, sozialwissenschaftliche und sprach- sowie literaturwissenschaftliche Herangehensweisen an Osteuropa umfassen. Für den politikwissenschaftlichen Bereich liegt die Pflichtlektüre hiermit vor.

LITERATURVERZEICHNIS

- Delhey, Jan* (2001). Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewusstsein nach dem Kommunismus (Band 4 der Beiträge zur Osteuropaforschung), Hamburg.
- Ehs, Tamara* (2013). Verteidigung der Demokratie, in: Wiener Zeitung vom 5. Juli.
- Modzelewski, Karol* (1996). Wohin vom Kommunismus aus? Polnische Erfahrungen, Berlin.
- Pursiainen, Christer* (2012) (Hg.). At the Crossroads of Post-Communist Modernization: Russia and China in Comparative Perspective, New York.

Tamara Ehs (Salzburg)

E-Mail: tamara.ehs@sbg.ac.at

Mischa Gabowitsch

PUTIN KAPUTT!? Russlands neue Protestkultur, Berlin 2013, Suhrkamp Verlag, 438 S., 16,00 EUR.

Im November 2011 verkündete Dimitrij Medwedjew, auf eine erneute Kandidatur für die russischen Präsidentschaftswahlen zugunsten von Wladimir Putin zu verzichten. Daraufhin brachen die größten Massenproteste in der jüngsten russischen Geschichte aus. Im ganzen Land gingen Menschen auf die Straße und demonstrierten für freie und faire Wahlen sowie eine weitreichende Demokratisierung des Landes. Eine erste umfassende Analyse der Proteste und seiner Akteure bietet das Buch des Soziologen und Zeithistorikers Mischa Gabowitsch. Gestützt auf ein umfangreiches Datenmaterial (Interviews, Foto- und Videoaufzeichnungen, Internetdiskussionen und -berichte) zeichnet er ein komplexes Bild der russischen Gesellschaft und widerlegt die Meinung, dass es sich bei ihr um eine apolitische, passive Gesellschaft handele.

Im Mittelpunkt der Analyse steht die vielfältige Protestbewegung im Zeitraum Dezember 2011 bis Januar 2013. In einem ersten Schritt fragt Gabowitsch nach den Ursprüngen des Protests. Das führt ihn zu einer Analyse des autoritären Herrschaftssystems Wladimir Putins. Dabei stellt er anschaulich dar, wie sich im Zuge der Zentralisierung der politischen Entscheidungsfindung in den Händen der Exekutive ein staatlich gelenkter Korporatismus herausbildet. In diesem Umfeld verwischt der Unterschied zwischen staatlichem und individuellem Interesse, was ein höchst korruptes System begründet. Durch die fortschreitende neoliberale Wirtschaftspolitik Putins und den Öl-

und Gasexport entsteht auf der einen Seite eine aufstrebende städtische Mittelschicht, die Profiteure, deren Lebensstil und Konsum sich an westlichen Standards orientieren. Auf der anderen Seite vertieft diese Politik die soziale Spaltung, was sich in einem Vertrauensverlust und gesteigerter Enttäuschung gegenüber der Staatsmacht äußert.

Im Folgenden untersucht Gabowitsch den Verlauf der Proteste. Die Empörung über die eingangs beschriebene Präsidentenrochade und die Wahlfälschung während der Duma-Wahlen im Dezember 2011 führten zur Entstehung einer sozialen Bewegung aus WahlbeobachterInnen. Diese waren vorher überwiegend unpolitische BürgerInnen, die keiner Partei oder etablierten Oppositionsbewegung angehörten. Sie prägten fortan die Proteste, die sich durch ihren basisdemokratischen Charakter und ihre Kreativität rasch im ganzen Land ausbreiteten.

Anhand einiger widersprüchlicher Sprecher, wie dem nationalistischen Blogger, Aleksej Nawalnyj, thematisiert Gabowitsch wichtige Probleme der Protestbewegung. Zum Beispiel die ungeklärte Frage der Repräsentation der Bewegung. Zweitens das komplizierte Verhältnis zwischen Bewegung und institutionalisierter Opposition. Letztere wird in Russland von vielen BürgerInnen als Teil des politischen Systems wahrgenommen und gilt deshalb als wenig vertrauenswürdig. Dennoch gelang es sehr schnell, die Protestbewegung durch öffentliche Personen, wie JournalistInnen, AutorInnen und PolitikerInnen zu kanalisieren und als Protest der kreativen Mittelklasse neu zu definieren. Auch die starke Präsenz nationalistischer und rechtsradikaler Bewegungen wird erwähnt.

Dem gegenüber stellt Gabowitsch die Aktionen der anarchistischen Punk Band Pussy Riot und verortet diese in der Protestbewegung. Kapitel zur reaktionären staatlichen Kulturpolitik, beispielhaft dafür stehen die diskriminierenden Gesetze gegen Homosexuelle sowie eine Analyse der orthodoxen Kirche, runden die Untersuchung ab.

Besonders positiv zu erwähnen ist Gabowitschs Versuch, die Proteste in ganz Russland in Augenschein zu nehmen. In dem riesigen und zentralisierten Land ist eine Ergänzung des Moskauer Blicks sehr fruchtbar und notwendig, um ein Verständnis für die Ursprünge der Proteste zu entwickeln. Die detaillierte Beschreibung der Ereignisse und Datendichte macht das Buch nicht nur für Russland-Fachleute interessant, sondern vermittelt einen Eindruck von einer Gesellschaft, die sich, unabhängig von der Staatsmacht, darum bemüht, fehlende, öffentlich nutzbare Räume anzueignen und dabei sehr kreativ vorgeht.

Unklar bleiben dagegen vom Autor verwendete Begriffe, wie Zivilgesellschaft oder Demokratie. Eine kurze Definition dieser z.T. sehr unterschiedlich verstandenen Begriffe würde helfen, Verständnisschwierigkeiten auszuräumen.

Außerdem entsteht beim Lesen der Eindruck, als verenge Gabowitsch den Blick auf die Herrschaftsverhältnis-

se in Russland. Scheinbar stützt sich Putin auf einen bürokratisch kontrollierten Kapitalismus, der durch den staatlichen Gewaltapparat, allen voran den Geheimdienst FSB, abgesichert wird. Dieses Bild sollte jedoch überdacht werden. Die Rolle der sogenannten Oligarchen und der neuen Mittelklasse als Stützen des „Systems Putin“ werden aus dieser Perspektive vernachlässigt. Nichtsdestotrotz ist Gabowitschs Untersuchung eine Pflichtlektüre für alle, die sich mit dem zeitgenössischen Russland beschäftigen.

Felix Jaitner (Wien)
E-Mail: F.Jaitner@gmx.de

Sir Peter Ustinov Institut (Hg.)

POPULISMUS. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?, Wien 2012, new academic press, 180 S., 29,90 EUR.

Der Populismus erachtet die Demokratie für eine Mediokratie und den eigenen Massen Klientelismus als moralisch gerechtfertigte Antwort darauf. Aber ist, wer meint den Volkswillen zu vollstrecken, PolitikerIn im modernen Sinn? Anton Pelinkas Übersicht über den Populismusbegriff argumentiert für eine historische Transformation des Begriffs und eröffnet damit ein paradoxes Feld politikwissenschaftlicher Forschung. Ausgehend von der Erkenntnis, dass am „Anfang des modernen Populismus [...] ein radikales Verständnis von Demokratie“ (S. 9) steht, welches nichts weniger will, als die Herrschaft des Volkes durchzusetzen, beschreibt er eine Veränderung, welche die populistische Dynamik der Erhebung des Volkes zur universellen politischen Lösungsstrategie als Ursprung der heutigen Problemkonstellation des Populismusbegriffs sichtbar macht: ein naives Verständnis von Volk (man könnte auch sagen ein gefährliches Verständnis), das Fremdes (also das Außen des Volkes) völlig ablehnt und dabei bis zur Selbstinfragestellung antilitär auftritt. Damit ist der Populismus heute auch per se „antikosmopolitisch“ und „rechts“ (S. 17) und zugleich „fester Bestandteil der liberalen“ (S. 18) Demokratie.

Die darauf folgenden Länderanalysen arbeiten den Unterschied zwischen dem Populismus als Korrektiv demokratiepolitischer Fehlentwicklungen und politischem Fundamentalismus exemplarisch heraus und betonen den anfangs behaupteten paradoxen Charakter des Begriffs.

Klaus von Beyme befasst sich mit Rechtspopulismus in der Postdemokratie. PopulistInnen „rebellieren gegen die angeblichen Sachzwänge [...] innerhalb der Spielregeln des Systems“ (S. 38). Sie sind keine RevolutionärInnen. Damit ist die Definition des Populismusbegriffs eine Frage der angewandten Mittel: Populistische Propaganda ist „weniger programmatisch als moralistisch“ (S. 38). Dies führt dazu, dass sie gesellschaftliche Problematiken oft falsch dimensioniert. Die „Überschätzung eines Problems

in der jeweiligen Gesellschaft“ (S. 39) scheint dabei die Hauptquelle populistischer „Irrtümer“ zu sein, die sich dann auch weniger für die Reparatur einer liberalen Demokratie als für die Aufrechterhaltung autoritärer Systeme eignen. Der durch den Populismus selbst postulierte Vertrauensschwund der BürgerInnen in die politischen Eliten ist allerdings einer Entwicklung geschuldet, die zutiefst demokratisch ist: Die Nachfrage ist „anspruchsvoller“ (S. 42) geworden. BürgerInnen sind leichter zu enttäuschen und dann wiederum leichter zu emotionalisieren. Aber die Effekte der medial vermittelten populistischen Propaganda sollten nicht überschätzt werden. „Die manipulierte öffentliche Meinung erweist sich als besonders instabil.“ (S. 45) Daher erscheint Beyme auch nicht die „Art der Identität“, die das moralische Konzept des Populismus vorlegt, problematisch, „sondern die Art und Weise, in der für sie gekämpft wird“ (S. 52).

Martin Reisigl definiert die kommunikative Dimension des Rechtspopulismus. Dieser zeichnet sich vor allem durch zwei Mittel aus: „die Synekdoche und de[n] Topos des Volkes“ (S. 142). Sowohl Rechts- als auch Linkspopulismus „verbindet die Anrufung des Volkes“ (S. 143). Wie er peinlich genau an der FPÖ-Kampagne Strache nachweist. Diese Kampagne sollte dem Bemühen der FPÖ um soziale Gerechtigkeit dadurch Ausdruck verleihen, dass der Parteivorsitzende HC Strache als Che Guevara inszeniert wurde. Die Vermischung von revolutionärem Marxismus und nationalsozialistisch gefärbtem Nationalismus zeigt die Ambivalenz dieser populistischen Strategien. Reisigls Fazit in acht Thesen legt einen engen Zusammenhang zwischen zunehmender Mediatisierung und des darin transportierten Inhalts nahe und kommt auf die theoretisch interessante Definition „Populismus ist ein inhaltsbezogener Modus der politischen Artikulation und ein komplexes Syndrom (für eine Krise der politischen Repräsentation), der bzw. das sich prototypisch nach einem vertikalen und einem horizontalen Antagonismus gliedert.“ (S. 159)

Er bindet sich je nach Ausrichtung an eine bestimmte soziale Trägerschaft und greift eine als ihr entgegengesetzte an. Deshalb funktioniert auch „Regierungspopulismus [...] in der Regel weniger gut als oppositioneller Populismus“ (S. 160). Regierungen, die sich zu sehr an der Konstruktion von Feindbildern orientieren, verlassen schnell den Modus liberaler Demokratie und werden zu autoritären Regierungsformen.

Der Sammelband arbeitete das Thema systematisch ab, variiert trotz des knappen Platzes und Überblicksdarstellung Theorie und empirische Analysen auf brauchbare Art und Weise und zeigt: Der Populismus ist eindeutig eine Herausforderung mit Gefahrenpotenzial für die Demokratie. Auch weil sich politische Interessen tendenziell vermittelt und nicht entgegen der Interessen der vielen durchsetzen. Auch von den Medien als abgründig identifiziertes muss auf eine gewisse Toleranz stoßen, um sich in einer Gesellschaft halten zu können. Ort der Verarbei-

tung dieses Dilemmas sollte eine politische Öffentlichkeit sein, die mittels öffentlicher Kritik die destruktiven Potenziale des Populismus diffundiert. Aber wie in Standardwerken zur Medienpolitik der Begriff des Populismus oft nicht aufscheint, fristet im lesenswerten Sammelband zum Populismus der Begriff der politischen Öffentlichkeit ein Untergrunddasein.

Stefan Alexander Marx (Wien)
E-Mail: stefan.marx@univie.ac.at

Helga Haberler/Katharina Hajek/Gundula Ludwig/Sara Paloni (Hg.)

QUE[E]R ZUM STAAT. Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft, Berlin 2012, Querverlag, 250 S., 14,90 EUR.

In ihrem Buch *Que[e]r zum Staat* haben Helga Haberler, Katharina Hajek, Gundula Ludwig und Sara Paloni 13 Beiträge versammelt, die Queer Theorie um staats-theoretische Herangehensweisen bereichern sollen. Ihr erklärtes Ziel ist es, „das Verhältnis von Staat und Heteronormativität systematisch [zu] erfassen“ (S. 9). Dabei weisen sie auf die sowohl politische als auch theoretische Dringlichkeit eines solchen Vorhabens hin. Denn zum einen ist mit der Entkriminalisierung von Homosexualität und gestiegener Toleranz gegenüber nicht-heteronormativen Lebensweisen (Stichwort: Homoehe) in westlichen Demokratien das Verhältnis zwischen Staat und LGBTI*Qs (Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgenders und Intersex [* verweist auf mögliche weitere] werden als Queers zusammengefasst, wobei Q auch für „questioning“ [Hinterfragen] stehen soll) politisch neu zu bewerten, zum anderen fehlen aber Kriterien zur Evaluierung solcher Entwicklungen aufgrund einer mangelhaften theoretischen Verbindung zwischen Queer Theorie und kritischer Staatstheorie.

Beide theoretischen Felder sind jedoch in sich heterogen und verfügen über keinen verbindlichen Kanon. Umso überraschender ist es, dass das vorliegende Buch, das immerhin Beiträge von 14 AutorInnen umfasst, in sich recht konsistent ist. Das gemeinsame Band ist doppelt geknüpft: Erstens gehen fast alle AutorInnen von einer geteilten queer-theoretischen Basis aus: „Heteronormativität“ (Michael Warner) bzw. „heterosexuelle Zwangsmatrix“ (Judith Butler) sind deren zentrale Referenzpunkte. Zweitens sind sie um einen gesellschaftstheoretischen (weiten) Staatsbegriff bemüht, der im Umfeld zur neomarxistischen und poststrukturalistischen Staatsdiskussion gesucht und gefunden wird: Konzepte von Staatlichkeit als „soziales Verhältnis“ (Nicos Poulantzas), „Hegemonie“ (Antonio Gramsci) und „Gouvernementalität“ (Michel Foucault) kommen in vielen Beiträgen zum Einsatz.

Das weite Staatsverständnis soll einer „Verengung des Staates auf ein juridisches Gebilde“ (S. 98) entgegenwir-

ken, die Gundula Ludwig für die meisten queer-theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Staat konstatiert. Dementsprechend versuchen die Beiträge von Sushila Mesquita, Monika Mayrhofer, Christine M. Klapeer, Sara Paloni und Katharina Hayek, die sich ausdrücklich mit Recht und Institutionen wie Ehe und Familie befassen, eine derartige Engführung zu vermeiden. Gemeinsames Ziel ist es, das Paradox von rechtlicher Gleichstellung bzw. von Integration (Entkriminalisierung von Homosexualität, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Lebenspartnerschaftsgesetze usw.) bei gleichzeitigem Fortbestehen heteronormativer Macht- und Herrschaftsstrategien, die auf Ausschlüssen beruhen, zu bearbeiten. Die Beiträge weisen auf Ambivalenzen hin, konstatieren aber nur wenig Veränderung betreffend der Wirksamkeit der heterosexuellen Norm. Das ist plausibel argumentiert, mag aber auch einem ahistorischen Verständnis von Heteronormativität geschuldet sein, mit dem sein eigener Wandel nur mangelhaft thematisiert werden kann, was insbesondere Raab und Mesquita in ihren Beiträgen problematisieren.

Neben den rechtlichen und institutionellen Themen der aktuellen Debatte spannt sich der thematische Bogen des Buchs von der historischen Einschreibung von Heteronormativität in den modernen Staat (Heike Raab) über Subjekt- und Körperkonstitutionen (Gundula Ludwig sowie Caroline Krischek, David Müller, Clemens A. Rettenbacher), sexuelle Arbeit (Volker Woltersdorff alias Lore Logorrhöe), sexualisierte Gewalt (Antke Engel) bis hin zum Entwurf einer queeren Utopie (Helga Haberler).

Der Band wendet sich in erster Linie an LeserInnen, die in Queer Theorie bewandert sind. Für diese bietet die Einleitung der Herausgeberinnen eine fundierte Einführung in das Feld der (kritischen) Staatstheorien. Bei der Lektüre werden jedoch zentrale Positionen und Konzepte der Queer Theorie auch für AnfängerInnen durchaus nachvollziehbar. So problematisiert Mesquita den Begriff der Heteronormativität, der Norm (Gesetz) aber auch Normalisierung umfasst, und bietet mit ihrer Diskussion einen hervorragenden Einstieg in die Positionen der Queer Theorie. Andererseits bleiben, trotz der Ausführungen in der Einleitung, die Staatskonzeptionen häufig entweder vage oder sehr voraussetzungsvoll, sodass es empfehlenswert ist, zumindest staats-theoretische Grundkenntnisse mitzubringen.

LeserInnen müssen auf jeden Fall die Bereitschaft mitbringen, komplexen theoretischen Argumentationen zu folgen. So werden auch Versuche einer vielschichtigen Verknüpfung unterschiedlicher Theorietraditionen unternommen, die dem/der LeserIn einiges an Konzentration abverlangen. Doch das Lesen lohnt sich allemal. Das AutorInnentrio Krischek, Müller, Rettenbacher liefert z.B. eine hochabstrakte Theoretisierung von Subjektivität und Körperlichkeit mit Anleihen bei Lacan, Althusser und Butler, um schließlich ihr Projekt der „Irritation“ vorzustellen, in dem ein als männlich identifizierbarer Performer mit einem Paar falscher Brüste versehen mit der U-Bahn

gefahren ist und die Reaktionen der Fahrgäste notiert worden sind (S. 180). Ich persönlich konnte mir das Lachen nicht ganz verkneifen, was freilich die Ernsthaftigkeit des Experiments nicht infrage stellen soll.

Auch wenn meiner Meinung nach Woltersdorff alias Logorrhöe in seinem/ihrem Beitrag den Begriff der „sexuellen Arbeit“ überdehnt, zeigen die Beiträge des Sammel-

bandes in Summe doch die Produktivität einer Perspektive auf Sexualität und sexuelle Politiken auf, die nicht nur für feministische und gender-theoretische Staatskonzeptualisierungen anregend sind, sondern eine breite Rezeption verdienen.

Marion Löffler (Wien)

E-Mail: marion.loeffler@univie.ac.at



migraLex

Zeitschrift für Fremden- und Minderheitenrecht

3 Ausgaben/Jahr

ISSN: 1727-057X Jahresabo EUR 48,-*, Einzelheft EUR 18,-

*zzgl. Versandkosten EUR 8,-/Jahr österreichweit, 12,-/Jahr ins Ausland

Das Abo läuft bis auf Widerruf, Kündigung jeweils mit Jahresende.

Die Zeitschrift informiert praxisnah und umfassend über alle Neuerungen auf den in der Praxis immer bedeutender werdenden Rechtsgebieten Fremden- und Asylrecht, Minderheitenrecht, Ausländerbeschäftigungsrecht, Staatsbürgerschaftsrecht u.v.m. in Form von Beiträgen, einem ausführlichen Judikaturteil mit den wichtigsten einschlägigen Entscheidungen samt Entscheidungskomentaren und Hinweisen auf die aktuelle Gesetzgebung und Literatur.

jetzt bestellen:

<http://www.facultas.at/verlag/zeitschriften>

www.facultas.at/verlag

facultas.wuv

